

Keine Konjunkturbelebung auf Pump

Christian Lindner (FDP) betonte bei seinem Besuch in Freudenstadt die Bedeutung mittelständischer Unternehmen für die Wirtschaft

Die Bundestagswahl naht – die Präsenz bekannter Politgrößen im Kreis steigt. Mit Christian Lindner hat die FDP gestern auf einen Sympathieträger als Wahlkampfhelder gesetzt. In der Firma Wolf Produktionssysteme GmbH & Co. KG sprach er über den „Mittelstand zwischen Bürokratie, Energiekosten und Technologieförderung“.

MONIKA SCHWARZ

Freudenstadt. Mit rund 40-minütiger Verspätung traf Lindner gestern in Freudenstadt ein. In Anbetracht seiner 450-Kilometer weiten Anreise und seines Lobes über Baden-Württemberg („Ich finde die Mentalität toll und bewundere die Schaffenskraft“) verliehen ihm die zahlreichen Vertreter aus Wirtschaft und Politik, der Schulen und der eigenen Partei diese Verzögerung. Gastgeber Dr. Ernst Wolf hatte die Zeit genutzt, sein mittelständisches Maschinenbau-Unternehmen vorzustellen. Genutzt wurde die Wartezeit auch vom FDP-Bundestagskandidaten und früheren Unternehmensberater Reinhard Günther, der sich selbst als „wertkonservativ“ und „der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet“ bezeichnete. Der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern warb mit Hinweis



FDP-Kreisrat Dr. Ernst Wolf, der liberale Bundestagskandidat Reinhard Günther, der Vize-Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Christian Lindner, deren Europaabgeordneter Michael Theurer und der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern (von links). Bild: mos

auf die Verspätung für eine bessere Anbindung an die Autobahn und hob das von der FDP propagierte „Prinzip der Eigenverantwortung“ hervor. Der Europaabgeordnete Michael Theurer gab bekannt, dass der Haushalt der Europäischen Union in den nächsten sieben Jahre niedriger sein werde – „weil wir sehen, dass es Mitgliedsstaaten gibt, die in Finanznöten sind.“

Christian Lindner, der Vorsitzende des FDP-Landesverbands und der Landtagsfraktion in Nordrhein-

Westfalen, betonte mit einem Schmunzeln, dass er selbst nicht für den Bundestag kandidiere, weshalb er objektiv und unparteiisch die Wahlentscheidung der Zuhörer mit vorbereite. Das tat er, indem er die Grundsätze liberaler Politik in Abgrenzung zu den Überzeugungen anderer Parteien erklärte. Während Liberale unter Wachstum angebotsorientierte Politik verstünden, bedeute Wachstumspolitik bei Sigmar Gabriel „neue Staatsprogramme zur Konjunkturbelebung auf Pump“.

Die Möglichkeit bekomme, auf eigenen Beinen zu stehen und dabei stolz sein könne auf die Eigenleistung mittelständischer Unternehmen für die Wirtschaft hervor. Werde die Steuerpolitik der Opposition tatsächlich nach den Wahlen umgesetzt, seien gerade diese Unternehmen einem „Raubzug“ ausgesetzt. Der ehemalige Generalsekretär der Bundes-FDP kritisierte, dass mit Ausnahme der Liberalen alle Parteien inzwischen großzügig staatliche Eingriffe in die Märkte befürworte-

ten. Heute müsse man sich nicht mehr rechtfertigen, wenn man in den Markt eingreife, sondern wenn man gegen solche Eingriffe sei. Finanz- und Energiemarkt würden von staatlicher Seite viel zu stark reguliert, kritisierte Lindner die Förderkulisse für erneuerbare Energien. Die Einspeisevergütung müsse dringend außer Kraft gesetzt werden. Wer die Förderung mitnehme, dem könne man keinen Vorwurf machen: „Es ist nämlich ihr gutes Recht, zum eigenen Vorteil ein dummes Gesetz auszunutzen.“ Die Pflicht der Politiker sei es aber, die „dummen Gesetze“ schnellstmöglich zu verändern. Auch deshalb

Die von grün-rot geplante Steuererhöhungspolitik sei nur scheinbar sozial. Gerecht sei es, wenn man

müsse man zurück zur sozialen Marktwirtschaft, zum Wettbewerb unterschiedlicher Energieträger. Abschließend widmete sich Lindner dem Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Oft habe er das Gefühl, dass bei Vorschriften wie einem Rauchverbot oder dem Tempolimit der Einzelne vor sich selbst geschützt werden soll, dass Politiker besser als der Einzelne wüssten, was gut für ihn ist. Letztlich müsse aber doch ein jeder selbst nach seiner Fassung glücklich werden – und nicht nach der Fassung einer Renate Kühnast, der die Lebensfreude förmlich ins Gesicht geschrieben sei.

Mindestlöhne und Jugendarbeitslosigkeit

Prof. Wolfgang Tzschupke fragte nach Argumenten gegen den gesetzlichen Mindestlohn, weil Liberale bei dieser Diskussion oft in die Defensive gedrängt würden. Ein Blick über den Teller rand zeige klar, dass die Gesellschaften mit gesetzlichem Mindestlohn gleichzeitig größte Probleme mit der Jugendarbeitslosigkeit hätten, antwortete Lindner. Er leugne

aber nicht, dass es durchaus Arbeitsmärkte unter Spannung (zu viele Bewerber auf eine Stelle) gebe, weshalb man Justierungen und Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern treffen müsse. Dass Politiker über Löhne entscheiden, lehne die FDP aber ab. Dr. Ernst Wolf forderte in Anbetracht der im Landkreis Freudenstadt „höchsten Verwaltungs-

kosten pro Einwohner“ weiteren Bürokratieabbau von seiner Partei. Auch die Steuerpolitik bedürfe dringend einer Vereinfachung. Lindner betonte, dass etwa den Wegfall der Zinsschranke bereits erreicht habe, an eine „Steuererklärung auf dem Bierdeckel“ glaube er persönlich aber nicht. Bei der Unternehmenssteuer sehe er aber durchaus Potenzial für Verbesserungen.